

## 8. Gen-Patente verbieten

Im Rahmen der Diskussion um die Gen-Patentrichtlinie der EU muss eine Initiative gestartet werden, um Pflanzensorten und Saatgut vor dem Monopolanspruch der Gen-Industrie zu bewahren. Patente auf pflanzengenetische Ressourcen bedeuten die exklusive Kontrolle von Saatgut, Anbau und Lebensmittelherstellung durch internationale

Konzerne, die damit Agrarwenden jeglicher Art ad absurdum führen können.

### Autoren

Martin Hofstetter und Christoph Then, Gentechnikexperten von Greenpeace Deutschland.

Kontakt: martin.hofstetter@greenpeace.de bzw. christoph.then@greenpeace.de

## Entwicklungshilfe ist nicht nur Technologietransfer

Der Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und seine Machbarkeitsfantasien

von Lorenz Petersen

*Gentechnik und Agrarindustrie sollen es richten. Das findet Mark Malloch Brown, Chef des United Nations Development Programme (UNDP, Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen). Zur Argumentationshilfe bedient er sich selektiv beim Human Development Report, jährlich verfasst von auswärtigen Experten für UNDP. Durch die in den nördlichen Ländern weit verbreitete Skepsis gegenüber Gen-Food würde den Entwicklungsländern der Zugang zu einer Technologie verbaut, mit deren Hilfe Hunger und Armut bekämpft werden könnten, so Malloch Browns These. Tatsächlich hat die Skepsis gegenüber den Segnungen der Genfirmen nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und zum Teil in Afrika in den letzten Jahren stetig zugenommen. Dies aus guten Gründen: Die mit der Gentechnik verbundenen ökologischen Risiken sind nicht erforscht, die bislang vermarkteten genmanipulierten Nutzpflanzen sind vor allem an die Bedürfnisse industrialisierter Landwirtschaft in Nordamerika und nicht an die der Bauern in Entwicklungsländern angepasst. Der Verdacht drängt sich auf, dass Loblieder auf die Gentechnologie als Mittel zur Sicherung der Welternährung weniger die Bedürfnisse der Armen im Süden im Auge haben, sondern die bislang fehlende Akzeptanz in den eigentlichen Zielmärkten wie der Europäischen Union und den wohlhabenderen Ländern Asiens stiften sollen. Lorenz Petersen, Leiter für den Bereich Gentechnik bei Greenpeace International und vorher sechs Jahre als Agrarökonom bei der Welternährungsorganisation FAO in Rom, setzt sich mit den Argumenten des UNDP-Berichtes im Detail auseinander.*

*Recall the face of the poorest and the weakest person you have seen, and ask yourself, if the steps you contemplate are of any use to him.*

Mahatma Gandhi

Der UNDP Development Report gehört zu den wenigen Veröffentlichungen in der Entwicklungspolitik, die jedes Jahr größeres internationales Medienecho hervorrufen. Das liegt an den oft in-

teressanten Fragestellungen, die dort jedes Jahr verhandelt werden und an dem „Entwicklungsranking“, welches alle Länder vergleicht. Ländervergleiche interessieren ganz besonders dann, wenn sich die zugrundeliegenden Daten nicht nur auf eingeschränkt aussagefähige Indikatoren beziehen (wie Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung), sondern wenn versucht wird, Bildung und Ausbildung, Lebenserwartung, Gleichstellung der Geschlechter, medizinische Versorgung oder

Demokratie anhand von global zugänglichen Indikatoren zu bewerten; und das macht der UNDP-Bericht.

Der Bericht wird in der Regel von Experten außerhalb des UNDP geschrieben. Daher stimmen die Inhalte des Berichts und das, was das UNDP davon für wichtig und mitteilenswert hält, nicht unbedingt überein. So haben die Aussagen des UNDP-Verantwortlichen Mark Malloch Brown anlässlich der Präsentation des Berichts erkennbar wenig mit dessen Inhalt zu tun (1). Dessen anscheinend unreflektierter Enthusiasmus in Bezug auf die Einführung von Informationstechnologien und die Rolle der Privatwirtschaft als „Partner“ der Entwicklungsländer sowie die ansonsten nur von professionell argumentationsresistenten Verbandsvertretern vertretene Position, dass Hunger als Produktivitätsproblem zu verstehen sei und deswegen am besten durch Gentechnik bekämpft werden kann – all dies steht in erkennbar diametralem Gegensatz zum mehr als fünfzig Jahre alten Zitat von Mahatma Gandhi, welches am Eingang dieses Textes steht. Der UNDP-Bericht selbst kultiviert das „sowohl als auch“: es gibt Chancen von Technologien, aber auch Risiken; sie bieten ein Potential für Entwicklungsländer, aber es stellt sich auch die Frage, wer für die enormen Kosten aufkommt, die beim Aufbau einer angemessenen institutionellen und organisatorischen Infrastruktur entstehen, die jedoch nötig ist, um mit den Risiken und Auswirkungen verantwortungsvoll umzugehen.

Die Auseinandersetzung mit dem Bericht hat deswegen zwei Ebenen. Sein Inhalt selbst und das, was die gegenwärtige UNDP-Führung daraus macht. Wenn Malloch behauptet, dass „Entwicklungshelfer ... allzu häufig antitechnisch orientiert“ seien, „gegen Computer für die Dritte Welt“ eingestellt seien und „Angst vor gentechnisch veränderten Pflanzen“ hätten (2), dann belegt die Schlichtheit dieser Aussagen eine erstaunliche und gefährlich große Distanz zur Realität der Entwicklungszusammenarbeit.

### Die Hauptaussagen des Berichts

Im Zentrum des UNDP-Berichts stehen Technologien und die Rolle, die sie in Landwirtschaft, Medizin sowie Information und Kommunikation spielen. Die Hauptaussagen sind:

Technologieenthusiasmus: „Technologischer Fortschritt ist ein Mittel zu Wachstum und Entwicklung, nicht erst ihr Ergebnis.“ Statt also darauf zu warten, wie wirtschaftliche Entwicklung zu Innovationen führt, müssen durch Investitionen in

Technologie und Ausbildung die Menschen besser ausgerüstet und dadurch „produktiver“ und „wohlhabender“ „gemacht“ werden. Dieser von Machbarkeitsglauben befeuerte Technikenthusiasmus ist der Gegenentwurf zur Strategie der „angepassten Technologie“, die weniger auf Technikimport setzt, sondern existierende Potentiale stärkt und die auf einen „nachhaltigen Entwicklungspfad“ setzt, mit dem Ziel, ohne kontinuierliche Nord-Süd-Transfers auszukommen.

Durch den Norden dominierte Technologieentwicklung: Fast im gleichen Atemzug will der UNDP-Bericht dann aufklären, wie technologische Entwicklung gesteuert wird: Nämlich reagierend auf Märkte des Nordens und nicht im Sinne der Armen des Südens mit ihrer vergleichsweise geringen Kaufkraft. Es wird betont, dass die Forschung in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin und Information/Kommunikation an den Armen im Süden systematisch vorbei geht: Wissenschaft und die Umsetzung ihrer Ergebnisse konzentrieren sich immer noch in den OECD-Staaten.

Risiko- und Gefahrenabschätzung als besonderes Problem in Entwicklungsländern: Es wird hervorgehoben, dass die Debatte zum Thema Gentechnik an den Bedürfnissen und Interessen der Entwicklungsländer vorbei geht. Es wird von einem möglichen Nutzen durch neue genmanipulierte Nutzpflanzen gesprochen. Dieser Nutzen müsste jedoch wegen der dominierenden Nordorientierung der Agrarforschung erst entwickelt werden. Gleichzeitig wird darauf hin gewiesen, dass es im Süden in der Regel an den gesetzlichen, institutionellen und organisatorischen Voraussetzungen fehlt, um mit Risikotechnologien auf angemessene Weise umzugehen. Die Kosten zur Schaffung angemessener Rahmenbedingungen stellen eine „schwere finanzielle Bürde“ für Entwicklungsländer dar.

Das Zeitalter der Netzwerke und seine Auswirkungen: Dass die Kombination von technischer Revolution in der Kommunikationstechnologie und Globalisierung internationale Arbeitsmärkte verändert und Migration hervorruft, klingt fast schon banal. Die Antwort des UNDP-Berichts lautet: nationale Politiken sollten Marktöffnung und Wettbewerb garantieren und gleichzeitig die Menschen soweit fortbilden, dass auch Entwicklungsländer vom Zeitalter der Kommunikation profitieren.

Technologietransfer und wer ihn bezahlen soll: Dass es keinen globalen Rahmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung gibt, die den Bedürfnissen der Armen in den verschiedensten

Regionen der Welt tatsächlich gerecht wird, wird im Bericht allenthalben beklagt. Und dann kommt die zentrale Botschaft: Auf der globalen Ebene ist es die Politik und keine Hilfsprogramme, die letztendlich darüber entscheidet, ob neue Technologien überall ein Instrument für eine menschliche Entwicklung werden können (3). Es folgt eine längere Liste von Politikinstrumenten und – deutlich knapper gehalten – potentieller Financiers für die Technologietransfers.

### **Wir halten also fest:**

Technologietransfer wird als entscheidendes Lösungselement für die Entwicklungsfrage vorgeschlagen. Wegen der geringen kommerziellen Attraktivität südlicher Märkte fehlt es allerdings an den für den Süden relevanten Technologien. Das Problem fehlender Kapazitäten zur Bewertung und Regulierung von Risikotechnologien ist in Augen von UNDP ein reines Ressourcenproblem, aber selbst dazu werden keine Lösungsvorschläge unterbreitet. Nationale Politiken sollen Marktöffnung, Wettbewerb und Qualifizierung der Menschen besorgen; die internationalen Rahmenbedingungen erschöpfen sich im wesentlichen in „neuen Partnerschaften“, höheren Beiträgen für Hilfsprogramme und in einer größeren Rolle der Privatwirtschaft. Die Rolle, die das UNDP selbst in diesem Zusammenhang spielen soll, wird nicht in Frage gestellt. Die Tatsache, dass Technologieentwicklung und -transfer in erster Linie als Problem der Politik präsentiert wird und dass keine konkrete Nord-Süd-Zusammenarbeit vorgeschlagen wird, trifft sich mit dem seit kurzem umdefinierten Selbstverständnis des UNDP als globale Politikberatungsinstitution für den Süden. Die Aussagen des Berichts legen nahe, dass die durchaus problematisch gesehenen Risiken und Nebenwirkungen neuer Technologien – wie der Gentechnik – von den Entwicklungsländern allein zu tragen sind. Liberalisierte Märkte und Wettbewerb plus Qualifizierung der Menschen in nationaler Regie (vermutlich mit Beratung des jeweiligen UNDP-Büros) sollen es richten. Eine sehr bescheidene Rolle, gemessen an der häufig unbescheidenen Rhetorik.

### **Gentechnik gegen Hunger?**

Der Technologieenthusiasmus und das Belassen der Risiken, Kosten und Nebenwirkungen bei den Entwicklungsländern haben die heftigen Reaktionen aus dem Süden sicherlich mitverursacht. Dies betrifft insbesondere die Gentechnikaspekte des Berichts.

Gentechnikpflanzen sind bislang so gut wie ausschließlich für eine weitgehend industrialisierte Landwirtschaft des Nordens entwickelt worden. Die Round-up-Resistenz in Soja und Bacillus-thuringiensis-Eigenschaften gegen Maiszünsler stützen eine stark exportorientierte Landwirtschaft in den USA, Kanada und Argentinien. Durch weitreichende Rechte auf geistiges Eigentum (intellectual property rights, IPRs) entsteht eine enge Verbindung zwischen Biotechnologie und privatwirtschaftlichen Interessen. Der Enthusiasmus gegenüber gentechnisch manipulierten Nutzpflanzen wirkt – vorsichtig ausgedrückt – deplaziert. Denn die tatsächlichen Herausforderungen armer Bauern (die Gruppe, für deren Interessen sich das UNDP zum Anwalt zu machen vorgibt) sind mit den kommerziellen Interessen privater Biotechnologieanbieter in der Regel nicht zu vereinbaren, schon weil es im Süden an Kaufkraft und Mitteln fehlt, selbst wenn es an den Bedürfnissen der Kleinbauern orientierte Technologien gäbe. In Teilen des Berichts wird die internationale Debatte zum Thema Gentechnik als Luxuskontroverse des Nordens dargestellt. Das dies nicht der Fall ist, geht aus der energischen Kritik zahlreicher NGOs aus Entwicklungsländern eindeutig hervor.

Die besondere Aufmerksamkeit für die Biotechnologie als Teil der Debatte um die Zukunft der Landwirtschaft im Süden ist paradox: Der rhetorische Lärm um die heilsbringende Wirkung der grünen Gentechnik für den Süden hat genau in dem Maße zugenommen, wie die Förderung der Landwirtschaft durch so gut wie alle Geberorganisationen und Geberländer in den vergangenen zehn Jahren dramatisch gekürzt wurde; einschließlich UNDP und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). In der internationalen Agrarforschung wird das Feld zusehends wenigen internationalen Agrobusinessunternehmen überlassen. Es kann nicht verwundern, wenn das wie Zynismus wirkt: Zunächst wird die öffentlich finanzierte Agrarforschung finanziell ausgehungert und dann wird der Schluss gezogen, dass nur die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und ihren Gentechniklösungen aus der Hungerfalle heraushelfen kann.

### **Die Rolle der Privatwirtschaft**

Insbesondere bei der Frage der Bedeutung der privaten Wirtschaft gehen die Stellungnahmen des UNDP-Managements weit über das hinaus, was der UNDP-Bericht diskutiert. In letzterem wird die Industrie nur als einer von vielen möglichen Partnern für neue Kooperationen genannt; die

Potentiale aber auch die Grenzen solcher Partnerschaften werden erörtert. Unter dem Stichwort „private-public partnership“ finden derzeit vielerorts Versuche zwischen Geberorganisationen und Unternehmen statt, die Privatwirtschaft stärker in Entwicklungsprojekte einzubeziehen oder genauer: um zu versuchen, privatwirtschaftliche Projekte für entwicklungspolitische Zielsetzungen zu „gewinnen“. Dieses „Gewinnen“ geschieht in der Regel auf sehr einfache Art und Weise: Mit öffentlichen Gelder werden entwicklungspolitische Zielsetzungen auf privatwirtschaftliche Projekte aufgesattelt; auf Projekte, die ohne eine solche Förderung nicht stattfinden würden. Das kann Sinn machen, wenn dadurch neue, zusätzliche Ressourcen mobilisiert werden und wenn die Partner in etwa gleiche Augenhöhe haben. Es ist allerdings eindeutig, dass eine Risikotechnologie wie die Gentechnik nicht von ihren Herstellern in Entwicklungsländern eingeführt werden kann. Schon wegen der zwangsläufigen Interessenkonflikte muss dies verhindert werden. Sowohl der Bericht wie auch die Stellungnahmen von Mark Malloch Brown sind nicht sehr eindeutig, wenn es um solche praktischen Seiten der „Partnerschaft“ zwischen Industrie und Ländern des Südens geht. Außerdem darf eine Strategie der Kooperation mit der Wirtschaft nicht darauf hinauslaufen, dass der kommerzielle Nutzen privatwirtschaftlich abgeschöpft wird, die Kosten der Schaffung und Erhaltung einer funktionierenden gesetzlichen und administrativen Regulierungsinfrastruktur aber rein staatlich bleiben.

### **UNDP und der „technologische Entwicklungsstand“**

Der UNDP-Bericht enthält zusätzlich zu seiner Länderwohlstandsliste auch eine Rangliste des „technologischen Entwicklungsstands“. Damit soll gemessen werden, wie gut ein Land ist im Produzieren neuer Technologien, bei der Verbreitung von Technologien und bei Fortbildung und Qualifizierung, die die Bevölkerung in die Lage versetzen sollen, am Netzwerkzeitalter aktiv zu partizipieren. Es wird also beurteilt, wie gut ein Land neue Technologien erschafft und nutzt. Die benutzten Indikatoren für Entwicklung von Technologien sind z. B. „Zahl der vergebenen Patente“ oder „Höhe der Nutzungs- und Lizenzgebühren“. Für die Verbreitung landwirtschaftlicher Technologie werden z. B. Indikatoren wie „Menge des ausgebrachten Düngers pro Fläche“ und „Zahl der genutzten Traktoren“ benutzt. Bei dieser Form der Bewer-

tung überrascht es nicht, dass Entwicklungsländer grundsätzlich nicht vorne rangieren. Dieser Technology Achievement Index wird von nördlichem Denken bestimmt; mein Vorschlag: von Gandhi lernen.

### **Kann der Süden wählerisch sein?**

Gern wird in der Debatte um gentechnisch manipulierte Nutzpflanzen das Argument gebraucht, dass dies eine Luxusdebatte des Nordens sei, die angesichts der Ernährungslage in Entwicklungsländern unverantwortlich sei. Arme Menschen könnten nicht so wählerisch sein. Dieses Argument versucht der UNDP-Bericht glücklicherweise nicht aufzuwärmen. Er geht im Gegenteil darauf ein, dass der Einsatz der Gentechnik in verschiedenen Ökosystemen zu sehr spezifischen Umweltrisiken führt und daher von Fall zu Fall entschieden werden müsse. Risikoanalysen aus anderen Ländern zu übernehmen ist daher auch nach Auffassung des UNDP-Berichts vollkommen unzureichend.

Risiken zu bewerten bedeutet, dass der erwartete Nutzen einer Technologie mit ihren erwarteten negativen Folgen in Beziehung gesetzt und gewogen wird; so schlägt es der UNDP-Bericht vor. Umfassende Untersuchungen zu den ökologischen Auswirkungen von Freisetzungen gentechnisch manipulierter Organismen werden jedoch kaum durchgeführt. Auch die Alternativen solcher Technologien werden mit großer Regelmäßigkeit ignoriert, obwohl deren Betrachtung ein entscheidender Bestandteil jeder seriösen Risikoanalyse sein müsste. Ernstzunehmende Risikoanalysen müssen deswegen Analysen der Alternativen sein.

Genetisch manipulierte Nutzpflanzen für vergleichsweise wohlhabende Bauern in reichen Ländern und für reiche Bauern in armen Ländern zu produzieren, um sie dann in Länder zu exportieren, in denen es keine organisatorische und institutionelle Kapazität zum Umgang mit Risikotechnologie gibt und ohne den gleichen Schutz gegen Umwelt- und Gesundheitsrisiken anzuwenden, das bedeutet mit zweierlei Maß zu messen.

Mit den Risiken von Technologien verantwortlich umzugehen ist ein Bereich, in dem großer politischer Beratungsbedarf herrscht. Mit den sehr schlichten Aussagen des UNDP-Verantwortlichen Brown zur Rolle der Privatwirtschaft und des Technologietransfers hat sich das UNDP für die von ihm angestrebte Rolle – Anwalt der Bedürftigen zu sein – alles andere als empfohlen.

**Anmerkungen**

1 Für den deutschsprachigen Raum siehe „Die Zeit“ 29/2001, 12.07. 2001, „High Tech für die Dörfer“.

2 ebd.

3 UNDP (2001): Human development report. Making Technologies Work For Human Development. New York. S. 6.

**Autor**

Lorenz Petersen ist Leiter des Bereiches Gentechnik bei Greenpeace International und war vorher sechs Jahre als Agrarökonom bei der Welternährungsorganisation FAO in Rom mit der Vorbereitung und Planung von landwirtschaftlichen Projekten in Entwicklungsländern befasst.

Kontakt:

Dr. Lorenz Petersen

Greenpeace International

Chausseestrasse 131, 10115 Berlin

Tel.: 0 30/30 88 99 14

E-Mail: lorenz.petersen@greenpeace.de

## Das Biosafety-Protokoll – Ein zentraler Baustein im Rio-Prozess

von Hartmut Meyer

*Das Biosafety-Protokoll der Konvention über biologische Vielfalt aus dem Jahr 2000 gilt als ein Prüfstein für die Umsetzung der Rio-Beschlüsse. Zum ersten Mal in der langjährigen Verhandlungsgeschichte der Vereinten Nationen hat sich eine breite Koalition fast aller Entwicklungsländer gebildet, die sich zusammen mit zahlreichen Industriestaaten für einen weltweit gültigen hohen Standard im Bereich Umwelt- und Verbraucherschutz einsetzt. In den nächsten Jahren wird sich herausstellen, ob sich diese Position gegen die Interessen der Gentechnik-Industrie und einiger sie unterstützenden Staaten an einer möglichst schrankenlosen, weltweiten Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) durchsetzen kann. Gelingt dies nicht, kann wieder ein Teil des „Geistes von Rio“ begraben werden und es muss ein Sieg für die Verfechter der Unterordnung von Umwelt- und Verbraucherinteressen unter Handelsinteressen konstatiert werden. Der folgende Beitrag beschreibt die Entstehung des Biosafety-Protokolls, seine strategisch starken wie schwachen Seiten sowie die Kompromissformeln, die zwischen Gruppen völlig unterschiedlicher Interessen gefunden worden sind.*

Anlass für die Vorbereitung der bislang weltweit größten Konferenz der Vereinten Nationen war die anscheinend unaufhaltsam voranschreitende Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Lebens und der menschlichen Gesellschaften sowie die zunehmende Kritik an der Ausbeutung und Verschwendung natürlicher Ressourcen durch die Industriestaaten. Am sogenannten Erd-Gipfel in Rio de Janeiro im Jahre 1992 nahmen 179 Staaten als Verhandlungspartner und über 1000 Nicht-regierungsorganisationen – z. B. Verbände aus den

Bereichen Umwelt oder Entwicklung, aber auch aus der Industrie – als Beobachter teil. Diese Konferenz verabschiedete drei zentrale politische Dokumente:

- die Erklärung von Rio
- die Agenda 21
- eine Walderklärung

Diese politischen Forderungen und Programm-vorschläge erfuhren eine Konkretisierung durch